

Januarstreik 1918

Mögliche Fotos:

Lothar Popp Mitte 1920er;

Karl Artelt;

Versammlungen auf Wilhelmplatz, StAK;

Torpedowerkstatt, StAK

Burgfrieden

Der dt. Regierung war es während der Julikrise gelungen, die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass das Deutsche Kaiserreich sich in einem Verteidigungskrieg gegen Russland befände. Russland unter der Herrschaft des Zaren war für die Sozialdemokratie schon lange vor 1914 der Inbegriff für Unterdrückung und Reaktion. Bereits Karl Marx bezeichnete das Zarenreich als Hort der Reaktion. So wiederholte August Bebel auf dem Essener Parteitag 1907 die Kernaussagen seiner berühmten „Flintenrede“ aus einer Reichstagssitzung im Jahr 1904, er wolle bei einem Angriff auf Deutschland wie alle anderen das „Vaterland“ verteidigen, und ergänzte sie mit dem expliziten Hinweis auf einen Angriff Russlands, welches er als „Feind aller Kultur und aller Unterdrückten“ bezeichnete. 1914 stimmte das Parlament daher – bei zwei Enthaltungen – geschlossen für die zur Kriegsführung benötigten Kriegskredite. (Nach Wikipedia)

Siehe auch:

Becker, Jean-Jacques/Krumeich, Gerd: Der große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914-1918. Essen 2010, S. 82 ff.

Bei der Sozialdemokratie mischte sich aber auch bei Teilen der Führung ein chauvinistischer Unterton ein: ... verteidigen wir ... deutsche Kultur und Freiheit gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind ... (wahrscheinlich Noske in der Chemnitzer „Volksstimme“).

Wette, Wolfram: Gustav Noske. Eine politische Biographie. Düsseldorf 21988, S.139.

Unruhen und Streiks im Vorfeld

„Hungerkrawalle“ Juni 1916, siehe

Rackwitz, Martin: Kriegszeiten in Kiel. Alltag und Politik an der Heimatfront 1914/18. Kiel 2013, ab S. 181.

„Steckrübenwinter 1916/17“

Rackwitz ab S. 193,

Karl Artelt Streikführer in Kiel im März 1917; 6 Monate Festungshaft in Oberschlesien und anschließende Einziehung zu einer Strafkompagnie nach Flandern. (Kam erst Mitte 1918 zurück nach Kiel).

http://www.kurkuhl.de/de/novrev/artelt_cv.html oder Wikipedia

Becker und Krumeich konstatieren eine „bemerkenswert schlechte Organisation“ durch die Militärbefehlshaber, die weder zur Schwarzmarktbekämpfung noch zur gerechten Verteilung der Nahrungsmittel während der Kriegszeit fähig war.

Becker, Jean-Jacques/Krumeich, Gerd: Der große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914-1918. Essen 2010, S. 92 und 118.

Jännerstreik in Österreich-Ungarn

3. - 25. Januar 1918

Der am 14. Jänner 1918 in den Wiener Neustädter Daimler-Motorenwerken wegen der Halbierung der Mehrlöhne ausgebrochene Streik weitete sich binnen weniger Tage zur größten Streikaktion in der Geschichte des Landes aus und erfasste bald alle Industriegebiete der Monarchie. Bald forderten die Streikenden nicht mehr nur eine bessere Versorgung, sondern auch die sofortige Beendigung des Krieges und in Massenveranstaltungen wurden nach dem Vorbild der russischen Revolution Arbeiterräte gewählt. Die Jännerstreiks, deren politische Ursachen auch die den Frieden gefährdenden deutschen Kriegsziele in Brest-Litowsk waren, benutzte der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokraten Victor Adler, um das Kabinett in Wien gegen die Annexionsforderungen festzulegen.

<https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%A4nnerstreik>

Tagebuch Nikolaus Andersen:

23. Januar 1918: „Die Österreicher sind mit den diplomatischen Maßnahmen Deutschlands nicht einverstanden. Das Berliner Tageblatt soll verboten sein.“

26. Januar 1918: „Die Arbeiter gehen um 10 Uhr nach Hause. Es soll ein allgemeiner Streik organisiert werden als Sympathiestreik für die Österreicher und für alle kriegführenden Länder.“

Transkript: http://www.kurkuhl.de/docs/tagebuch_werft-konstrukteur_1917-1919.pdf

Eine interessante weitere Parallele zwischen Kiel und Österreich-Ungarn:

Kurz nach dem Jännerstreik kam es zum Matrosenaufstand von Cattaro (1. – 3. Februar), in gewisser Hinsicht ein Vorläufer des Kieler Matrosenaufstands.

Klaus Kuhl: Das Aufbegehren der Matrosen von Cattaro im Februar 1918 – ein Vorläufer des Kieler Matrosenaufstands? In: Jürgen Jensen (Hrsg.): Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 89, Heft 3 (2017), S. 127-140.

Januarstreik in Deutschland

Die Streiks waren wie auch in Österreich-Ungarn sehr stark politisch motiviert, weil große Teile der Arbeiterschaft befürchteten, dass der Frieden mit Russland durch die exorbitanten Forderungen der OHL gefährdet würde.

Außerdem zeigten diese Forderungen der OHL in der Sicht der Arbeiter, dass es sich nicht um einen Verteidigungskrieg sondern um einen Eroberungskrieg handelte.

Konflikt Kühlmann – Ludendorff

Tagebuch Nikolaus Andersen, Ingenieur der Germaniawerft:

10. Januar 1918: Die Vaterlandspartei läuft Sturm gegen den H. Kühlmann, man spielt den Rücktritt Ludendorffs¹ gegen Kühlmann aus, weil er nicht genug einverleiben will. Lumpenbande.

Richard von Kühlmann war von August 1917 bis Juli 1918 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des Kaiserreichs (dies entsprach damals einem Außenminister) und Verhandlungsführer der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk.

Siehe auch Wilhelm Deist:

Wichtig ist, dass durch die Hervorhebung exorbitanter Kriegsziele durch die – vereinfacht gesagt – rechte Seite des politischen Spektrums der für Bethmann Hollweg [bis 13.7.1917 Reichskanzler] und die Masse der Bevölkerung entscheidend wichtige Charakter dieses Krieges als Verteidigungskrieg unterlaufen wurde. Mit Eroberungsvorstellungen über ein Ostimperium oder die Annexion Belgiens,

¹ Erich Ludendorff (1865-1937) war im Ersten Weltkrieg Erster Generalquartiermeister und Stellvertreter Paul von Hindenburgs, des Chefs der dritten Obersten Heeresleitung (OHL). Ludendorff hatte bestimmenden Einfluss auf die deutsche Kriegführung und Politik.

über die Erweiterung des Kolonialbesitzes war die These des Verteidigungskrieges nicht mehr aufrechtzuerhalten. Das hat enorme Auswirkungen auf die Masse der Bevölkerung gehabt. (S. 13)

Wilhelm Deist: Die Ursachen der Revolution von 1918/19 unter militärgeschichtlicher Perspektive. In: Wilhelmshavener Museumsgespräche, Texte zur Geschichte der Stadt, Band 2, Die Revolution 1918/19 – 70 Jahre danach, Vortragsveranstaltung der Stadt Wilhelmshaven am 28. Und 29. Oktober 1988, bearbeitet und herausgegeben von Norbert Credé im Auftrag der Stadt Wilhelmshaven, Stadt Wilhelmshaven, Küsten Museum 1991.

Nach Ullrich setzte sich bei den Arbeitern immer mehr die Erkenntnis durch, „dass dieselben gesellschaftlichen Kräfte, die sie für die Verschlechterung ihrer materiellen Lage verantwortlich machten, den Propagandisten eines 'Siegfriedens' und den Gegnern innenpolitischer Reformen den Rücken stärkten. Aufreizend und erbitternd wirkte unter der Arbeiterschaft in den Werftorten die Tatsache, dass prominente Vertreter der Schiffbauindustrie in der 1917 gegründeten 'Vaterlandspartei' eine führende Rolle spielten.

Volker Ullrich, Der Januarstreik in Hamburg, Kiel und Bremen: Eine vergleichende Studie ... In: ZHG 71 (1985), S. 52. <http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh/cntmng?type=pdf&did=c1:11265>

Analyse der Streikursachen im preußischen Kriegsministerium (20.2.1918):

General von Wrisberg: Der Kern sei ein politischer gewesen. Ursachen: Drang nach allgemeinem Wahlrecht und Verständigungsfrieden. Außerdem haben mitgewirkt: Erbitterung gegen die Vaterlandspartei, Unwillen über Beschränkungen der Versammlungsfreiheit, über Bekämpfung des Schleichhandels, Absicht gegen die Offensive und Sturm gegen die Militärgewalt.

IX. Korps [Altona]: Die Wiedereinziehung zurückgestellter Fabrikarbeiter gehöre mit zu den Ursachen.

Deist, Wilhelm (Hrsg.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918 (Zweiter Teil). Düsseldorf 1970, S. 1184 f.

Kiel

In Kiel begann der Streik am 25.1. mit Arbeitsniederlegungen der Torpedowerkstatt und dauerte bis zum 1.2. (Berlin: 28.1. - 3.2.)

Die Belegschaft der Torpedowerkstatt (die USPD hatte hier großen Einfluss) legte die Arbeit nieder weil mehrere Vertrauensleute zum Militär einberufen worden waren. Laut Dähnhardt (Revolution in Kiel, S. 43) wurde das Problem schnell zur Zufriedenheit der Arbeiter gelöst, aber diese streikten weiter.

In den folgenden Tagen schlossen sich die Germaniawerft und weitere Kieler Großbetrieb sowie Zulieferbetriebe für die Werften dem Streik an.

Tagebuch Nikolaus Andersen (Ingenieur Germaniawerft):

26. Januar 1918: „Die Arbeiter gehen um 10 Uhr nach Hause. Es soll ein allgemeiner Streik organisiert werden als Sympathiestreik für die Österreicher und für alle kriegführenden Länder.“

Am 26.1. wurde eine Versammlung auf dem Wilhelmplatz abgehalten. Die USPDler Theil, Strunk und Popp hielten Ansprachen. Es wurde ein Arbeiterrat gewählt. Lothar Popp wurde Vorsitzender. Für die Germaniawerft wurden 10 Kollegen gewählt. Einen Tag später wurden die drei Redner verhaftet und am 2. Februar von einem außerordentlichen Kriegsgericht verurteilt. Popp erhielt 2 Monate Gefängnis wegen Abhaltens einer unerlaubten Versammlung, die er in Neumünster absaß. (Emil Theil, späterer Bausenator in Bremen erhielt 2 Jahre, Heinrich Strunk erhielt 1 ½ Jahre – beide wegen Hochverrats.)

LAS, Abt. 309, 8307-017, -018

Popp, Lothar, unter Mitarbeit von Artelt, Karl: Ursprung und Entwicklung der November-Revolution 1918. Wie die deutsche Republik entstand. Kiel 1918, S. 7 (Reprint als Sonderveröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 15, S. III 1-30).

Zum Verlauf des Streiks in Kiel machte Andersen die folgenden Notizen:

28. Januar 1918: Die Werft wurde am Sonnabend gleich von Soldaten besetzt. Heute sind an fast allen Läden Posten gestellt. Marine und Infanterie. Sehr starke Patrouillen durchziehen die Stadt. Der Wilhelmplatz ist mit Maschinengewehren besetzt. Einige Aufregung.

29. Januar 1918: Sehr starke Patrouillen marschieren an der Werft und in der Stadt herum – Matrosen und Soldaten. Die Arbeiter haben heute in allen großen Sälen Versammlung. Auch im Kaisersaal.

30. Januar 1918: Die Streikenden halten wieder Versammlungen ab. In Berlin streiken 400.000 Mann. Die Läden in Kiel werden bewacht. Im Keller der Gebäude bei uns [auf der Germaniawerft] sind starke Soldatenwachen. In vielen Städten Deutschlands wird gestreikt. Die Berliner großen Zeitungen nehmen an dem Streik teil und erscheinen nicht.

31. Januar 1918: Die Arbeiter stehen in Gruppen vor den Sälen. Sie werden von Bezirksfeldwebel in der Frühstückspause aufgeschrieben.

1. Februar 1918: Die Arbeiter fangen zum größten Teil wieder an. Die Wachen werden zurückgezogen.

Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (SHVZ), Mo 18.2.1918: Schlosser Paul Fink wird vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Aufruhr, Rädelsführerschaft und Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte am 28.1. eine Menge auf dem Exerzierplatz versammelt und dagegen protestiert, dass auf dem Wilhelmplatz MG standen und dass die Gewerkschaften sich mit dem Versammlungsverbot auf dem Wilhelmplatz abgefunden hätten. Er war dann mit der Menge zum Marktplatz demonstriert dort kam es zu Unruhen.

SHVZ, Mi 30.1.1918: Eine unverheiratete Lehrerin fragte ihre Schülerinnen, welche Väter auf der Werft arbeiten und streiken würden. Es meldete sich eine große Anzahl und die Lehrerin sagte: "Wer jetzt ... streikt, ist ein großer Lump."

Die Streikenden konnten sich am 29.1. versammeln und ihre Forderungen formulieren, die an den Reichskanzler Graf von Hertling geschickt wurden. Siehe Illustration:

A b s c h r i f t .

Die Versammelten erklären:

Eine tiefe Friedenssehnsucht beherrscht die grosse Masse des Volkes. Der Wunsch nach Frieden ist so dringend, dass alles getan werden muss, den Krieg so schnell wie möglich zu beendigen.

Die Haltung der Unterhändler Deutschlands bei den letzten Verhandlungen in Brest-Litewsk lässt aber befürchten, dass selbst der Friedensschluss mit Russland verzögert oder verhindert wird.

Die unzureichende Verwertung der Bevölkerung Deutschlands mit Nahrungsmitteln ist nicht nur auf einen Nahrungsmittelmangel, sondern darauf zurückzuführen, dass die Produzenten sich des Schleichhandels bedienen, um höhere Preise für ihre Produkte zu erhalten.

Die Verhandlungen im Verfassungsausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses haben den unzweideutigen Beweis erbracht, dass die Mehrheit dieser Körperschaft die Wahlrechtsfrage der Regierung verschleppen, verschlechtern oder beseitigen will.

Die Massnahmen der stellvertretenden Generalkommandes bei der Zensur und der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts verhindern, dass die freie Meinungsäusserung der grossen Masse des Volkes zur Geltung gelangt.

Die Vorgänge der letzten Wochen lassen vermuten, dass die entscheidenden Stellen im Reich und in Preussen der Meinung sind, die Stimmung des Volkes werde durch die sogenannte Vaterlandspartei kundgetan, was jedoch den Tatsachen nicht entspricht.

Die Versammelten fordern deshalb:

- a) eine unzweideutige Erklärung der Reichsregierung dass ein Friedensschluss nicht von der Zueignung fremder Gebiete oder einer Kriegsschädigung seitens Deutschlands abhängig gemacht wird;
- b) die sofortige Einberufung des Reichstages und Sicherung seiner Mitwirkung bei den Friedensverhandlungen.
- c) sofortige durchgreifende Reform der Volksernährung insbesondere durch Erfassung der Nahrungsmittel bei den Produzenten und gerechte Verteilung zu erschwingenden Preisen;
- d) die Auflösung des preussischen Abgeordnetenhauses und die Anordnung sofortiger Neuwahlen, damit der Gesetzentwurf der Regierung betr. das Wahlrecht in Preussen nicht weiter als ein Objekt behandelt werden kann, dessen Beratung zu einer Verhöhnung der preussischen Bevölkerung dient;
- e) Aufhebung des Belagerungszustandes in Bezirken, die nicht unmittelbares Kriegsgebiet sind und Beschränkung der Zensur auf die rein militärischen Angelegenheiten;
- f) Freilassung aller Inhaftierten, die sich in Schutzhaft befinden oder wegen politischer Verfehlungen in Haft gehalten werden;
- g) Sicherung der Vertrauensmänner der Arbeiter davor, zur Strafe dafür zum Heeresdienst einberufen zu werden, weil sie die Interessen der Arbeiterschaft vertreten.

Die Versammelten glauben, dass sie mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung dieser Forderungen sichern werden.

LAS Abt. 309, 8307-007

SHVZ Fr. 1.2.1918: Abstimmung ergab zwar eine Mehrheit für Fortführung aber Streik wurde beendet. Der liberal-konservativen Kieler Zeitung werden gehässige, beschimpfende Ausführungen vorgeworfen, "kein Wunder ... die führenden Männer dieses Blattes sich offen zur Vaterlandspartei bekennen."

SHVZ Mi. 1.5.1918: Am Montag fanden vor dem Außerordentlichen Kriegsgericht wieder mehrere Landesverratsprozesse statt. Es handelte sich wieder um Vorgänge bei dem letzten großen Streik. Den Beschuldigten wurde sämtlich zur Last gelegt, andere zur Beteiligung am Streik aufgefordert zu haben, was ja bekanntlich nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts und der Außerordentlichen Kriegsgerichte als Landesverrat ausgelegt wird. In der ersten Sache wurden beschuldigt der Schlosser Otto Schulz, der Dreher Heinrich Bohnsack, der Bohrer Friedrich Carlsen. Alle drei waren bei Bohn & Kähler beschäftigt, letzterer schon 23 Jahre lang. Schulz sollte am Morgen des 28. Januar in der Frühstückspause eine Rede gehalten und dabei seine Mitarbeiter aufgefordert haben, sich dem Streik anzuschließen. Bohnsack und Carlson erhielten zwei Monate Festungshaft wegen versuchten Landesverrats.

Zweite Sache Reichswerft Gustav Pumpe und Ernst Rohrbeck. Dritte Sache Minendepot Fr'ort Wilhelm Röhren, Max Lehmann, Ehefrau Hulda, August Prieß. Letzte Sache Minendepot Fr'ort Hugo Ehinger.

Dähnhardt diskutiert auch die Frage, ob der Januarstreik eine Generalprobe für „den November“ war. (S. 46 f.) Intensität und der frühe Beginn des Januarstreiks weisen darauf hin, dass hier die Gegensätze zwischen Staat und Arbeiterschaft besonders groß waren.

Frühjahrsoffensive: SHVZ 31.5.1918: Donnernd steigt der Sieg ... Wundergeschütze ... neue Siege gewaltiger Größe ... Genie der deutschen Heerführer ...

Eigentlich eine Schmach für die Menschheit. Wir machen mit und unterstützen den Kampf weil wir das Elend und Entsetzen nicht verantworten können, das der Feind, wenn wir wichen, in unsere Gaue tragen würde.

Hamburg, Bremen

Siehe: Volker Ullrich, Der Januarstreik in Hamburg, Kiel und Bremen: Eine vergleichende Studie ..., ZHG 71 (1985). <http://agora.sub.uni-hamburg.de/subhh/cntmng?type=pdf&did=c1:11265>

Berlin

Berlin: 28.1. - 3.2.

Geführt von den revolutionären Obleuten und der USPD.

SHVZ, Mi, 30.1.1918: Stellung der Gewerkschaften zum Streik (Mitteilung an das Berliner Tageblatt): Die Gewerkschaften stehen in keiner Beziehung zum Streik, dieser ist aus der Arbeiterschaft heraus entstanden. In den Betrieben sind Delegierte gewählt worden, die sich in einem Arbeiterrat zusammengeschlossen haben. Dieser AR besteht aus 300 (?) Arbeitern, die ihrerseits wieder einen Aktionsausschuss gewählt haben (10 Arbeiter und eine Arbeiterin). Hinzugezogen wurden Haase, Ledebour und Dittmann von der USPD und Ebert, Scheidemann, und Braun von der MSPD. Gründe der politisch gedachten Streiks: Ende des Krieges, schlechte Versorgung. (Auch freiheitliches Wahlrecht in Preußen)

SHVZ, Fr, 1.2.1918: Behördliche Zwangsmaßnahmen in Berlin; u.a. Verbot des Arbeiterrats durch den Oberbefehlshaber in den Marken. Am Mi Abend gab der Aktionsausschuss des Arbeiterrats ein Flugblatt heraus. Hamburg und Lübeck Wiederaufnahme der Arbeit.

SHVZ, Sa, 2.2.1918: Unruhen in Berlin, Polizisten feuern aus Revolvern auf Streikende, die Postenkette ("blank gezogen") durchbrechen wollen, Dittmann verhaftet, Streikende in Hamburg.

USPD-MSPD

Volker Ullrich: Die USPD war nur zu bereit, zusammen mit der MSPD und den Gewerkschaften Streikleitungen zu bilden, um nicht allein Verantwortung tragen zu müssen. (Kuhl: Man muss aber auch berücksichtigen, dass die USPD in ihren Möglichkeiten stark eingeschränkt war durch die intensive staatliche Verfolgung).

(Ullrich S. 70 f.) Es stellt sich die Frage, warum es den Leitungen von MSPD und Gewerkschaften so mühelos gelang, maßgeblichen Einfluß auf die Streikbewegung zu gewinnen. Noch in den ersten Streikversammlungen schlug den Gewerkschaftsfunktionären viel Animosität und Mißtrauen entgegen. Doch in dem Maße, wie sie sich scheinbar wieder auf kämpferische Positionen zurückorientierten und auch in der sozialdemokratischen Presse offene Sympathie für die Streikenden laut wurde, trat wieder ein anderes Verhaltensmuster hervor: die tiefverwurzelte Neigung der sozialdemokratisch geschulten Arbeiterschaft, sich den alten Autoritäten in der Arbeiterbewegung anzuvertrauen und ihrem Kommando zu folgen.

Anhang

Weitere Auszüge aus Deist:

... das Offizierskorps [neigte] der rechten Seite des politischen Spektrums zu [...]. Von eminent politischer Bedeutung war, dass etwa ab 1916 die militärische Führung, insbesondere Hindenburg und Ludendorff, die 3. Oberste Heeresleitung, sich ganz ausgesprochen für einen Siegfrieden einsetzte und damit in der Diskussion um die Kriegsziele eindeutig Partei ergriff. Sie setzte alle Mittel ihres Apparates für die Propagierung möglichst weitgesteckter Ziele ein.

Nachdem der Reichstag im Juli 1917 die Friedensresolution verabschiedet hatte, antwortete die 3. Oberste Heeresleitung mit der Einrichtung des „Vaterländischen Unterrichts“. In vieler Beziehung war dieser Unterricht nichts anderes als der Versuch einer Politisierung der Armee im Sinne der Kriegszielbewegung.

Das Seeoffizierskorps bewegte sich in genau den gleichen Bahnen wie das Offizierskorps der Armee, wofür es eine ganze Reihe Beispiele gibt. Auch dies überrascht nicht. Als Beispiel mag der Oberbefehlshaber der Ostseestreitkräfte, Prinz Heinrich von Preußen, dienen, der in diesem Bereich besonders nachdrücklich gewirkt hat. Er benutzte den „Vaterländischen Unterricht“, um auch die Propaganda für einen Sieg-Frieden im Sinne der von Großadmiral von Tirpitz gegründeten Vaterlandspartei zu einer dienstlichen Angelegenheit zu machen.